

Wachstumsimperativ des Kapitalismus, Imperiale Lebensweise oder Wohlstand ohne Wachstum, Suffizienz

(Die Alternativen heißen: Zerstörung oder Zukunft)

Wachstumsimperativ / Exponentielles Wachstum

Der Sozialgeograf David Harvey ist davon überzeugt: „Dem Kapital geht es immer um Wachstum, und es wächst notwendigerweise exponentiell.“

(Harvey, Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus, 2015, Ullstein)

Das Wachstum beschleunigt also immer schneller. Elmar Altvater, emeritierter Professor für Politische Wissenschaft (verstorben am 1. Mai 2018), stellt fest: „In der Zeit von 1820 bis 1998 jedoch verzehnfachte (im Vergleich mit der langen Dauer seit dem Beginn unserer Zeitrechnung) oder verfünffachte (im Vergleich mit den Raten im 18. Jahrhundert) sich das reale jahresdurchschnittliche Wachstum auf 2,21 % (Maddison 2001). Das war spektakulär (...). Denn quantitative Wachstumsraten von mehr als 2 %

bedeuten einen qualitativen Wandel von unerhörtem Ausmaß, nämlich eine Verdoppelung des Sozialprodukts pro Kopf alle 35 bis 40 Jahre. (...)

Der Lebensstandard der Menschen in den Industrieländern hat sich seit der industriellen Revolution außerordentlich verbessert; Unterernährung und Hunger sind verschwunden - zumindest in Europa in friedlichen Zeiten (...).

(Altvater, 2015, Engels neu entdecken, VSA-Verlag)

Altvater weist jedoch zweifelsfrei darauf hin, dass der Wohlstand zwar mit dem Wachstum wächst, aber höchst ungleich verteilt wird und dass es erforderlich ist, die Schäden des Wachstums für die Natur/Umwelt einzudämmen. „Wenn produziert wird fallen nicht nur Späne. Da können ganze Biotope ausgelöscht, Flüsse vergiftet, Bergkuppen weggesprengt oder die Atmosphäre mit Treibhausgasen überlastet werden. Die Herstellung von Gebrauchswert ist unweigerlich mit der Produktion von Abfällen verbunden.“

Michael Kopatz, wissenschaftlicher Projektleiter im Wuppertalinstitut, erklärt: „Unsere Wachstumslogik stellt das Nachhaltigkeitspostulat grundsätzlich in Frage. Um für beständiges Wirtschaftswachstum zu sorgen, subventionieren wir vieles, das problematisch oder schädlich ist, wie Massentierhaltung, Flugverkehr, Diesel und Dienstwagen. Selbst die Klimaverhandlungen scheiterten über viele Jahre letztlich am Wachstumsdogma: Die Vertreter aller Nationen hatten schlichtweg Angst, eine entschlossene Klimapolitik könne ihr Wirtschaftswachstum gefährden. Während ärmere Länder dabei auf ihren Entwicklungsbedarf für eine Befreiung aus der Armut verweisen, steht bei den Industrieländern die Annahme im Vordergrund, durch ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt lasse sich das Problem der Arbeitslosigkeit lösen, zumindest jedoch die Zahl der Arbeitsplätze stabilisieren. (...) Nur wenige Entscheidungsträger in der Bundesrepublik können oder wollen sich eine Wirtschaft ohne Wachstum vorstellen.“ (Kopatz, Ökoroutine, 2018, oekom verlag / Wuppertal Institut) Das

ist im 'real existierenden Neoliberalismus' (markttextremistischer Kapitalismus), in dem wir jedenfalls seit Ende der 1970er-Jahre / Anfang der 1980er-Jahre sozialisiert sind, kaum verwunderlich. Fakt ist (Harvey): „Für alle Kapitalisten, die Profit machen wollen, gilt die Bedingung, dass am Ende des Tages ein größerer Wert herauspringen muss als am Anfang. Das heißt, das Gesamtprodukt der gesellschaftlichen Arbeit muss vergrößert werden. Sonst kann es kein Kapital geben. Eine kapitalistische Wirtschaft mit Nullwachstum ist ein logischer Widerspruch. Sie ist einfach unmöglich. Nullwachstum führt immer in eine Krise des Kapitals. Aber wie kann das Kapital bis in alle Ewigkeit exponentiell akkumulieren und expandieren? Wie soll das gehen, wenn es dazu das Ausmaß der physischen Veränderungen, die den Planeten Erde in den letzten vierzig Jahren so tiefgreifend umgestaltet haben, verdoppeln oder gar verdreifachen muss? Die spektakuläre Industrialisierung und Urbanisierung Chinas während dieser Jahre sind ein Vorgeschmack auf das, was zu bewerkstelligen wäre, um die Kapitalakkumulation auch in Zukunft fortzusetzen. (...) Im kommenden Jahrhundert müsste der größte Teil der Welt China nacheifern (mit all den daraus resultierenden grässlichen Umweltschäden).“ Zur Thematik der 'grässlichen Umweltschäden' passt die Feststellung von Altvater in seinem Beitrag Ökonomischer oder ökologischer Kollaps, Sozialismus.de, 6-2018: „Seit der industriell-fossilen Revolution des späten 18. Jahrhunderts jedoch wird der gesamte Planet geplündert (Bardi 2013), werden planetarische Grenzen überschritten (Rockström u.a. 2009), Kipppunkte von Erdsystemen erreicht (...).“

Die hochwichtige, sogar entscheidende Frage ist, lassen sich die ökologischen Herausforderungen bzw. die Vermeidung von grässlichen Umweltschäden allein mit neuen Technologien bewältigen? Ist also grüner Kapitalismus / grünes Wachstum in der Lage, die globalen existenziellen ökologischen Anforderungen zu erfüllen? Kopatz: „Durch die diffuse Perspektive „grünes Wachstum“ geben sich zu viele Menschen der Illusion hin, dass es keiner absoluten Grenzen bedarf. Das ist eine fatale Fehleinschätzung, die leider gesellschaftlicher Mainstream ist.“ Altvater, Sozialismus.de: „Auch objektive Grenzen der Natur können heute gar nicht mehr bestritten werden, weder von Naturwissenschaftlern, die (...) nüchtern protokollieren (...), um zu zeigen, dass die kapitalistisch gepowerte Gesellschaft der Menschen es geschafft hat, drei der neun wichtigsten planetarischen Grenzen zu reißen, noch von Philosophen (...).“ Klaus Dörre, Professor für Soziologie und Geschäftsführer des DFG Kollegs Postwachstumsgesellschaften, verweist auf die Aussage: „Im Gegensatz zur markt-affinen Theorie erweist sich das Ringen um einen ökologisch nachhaltigen Kapitalismus in der Realität hingegen - darin stimmen Foster et al. mit Altvater und Mahnkopf überein - als untauglicher Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln.“ Klaus Dörre gibt weiter den Hinweis: „Kapitalismus und Nachhaltigkeit sind letztendlich unvereinbar. Einen grünen Kapitalismus mag es in der Gestalt politischer Projekte geben, eine Perspektive für die positive

Aufhebung des ökologischen Gesellschaftskonflikts beinhalten sie aber nicht.“ (Dörre u.a., Karl Marx - Ratgeber der Gewerkschaften? - Marx als Ökosozialist - / Vom industriellen Klassen- zum sozialökologischen Transformationskonflikt / 2019, VSA Verlag) Das ist einleuchtend! Der wesensmäßige Wachstumszwang im Kapitalismus, verbunden mit der innewohnenden/ unentrinnbaren Konkurrenzsituation zwischen den Kapitalisten, die bei 'Strafe des Untergangs' zur Profitmaximierung und Kapitalanhäufung systemisch verdammt sind - und der sich daraus sklavisches ergebende Ressourcen-/ Natur-/ Umweltverbrauch - kann mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit letztlich nicht kompatibel sein! Das bedeutet aber selbstverständlich auch: Wir können und dürfen nicht darauf warten bis sich real eine demokratische ökologische Revolution durchgesetzt hat - vollzogen ist. Alle sinnvollen Projekte, Maßnahmen, Produkte, Handlungen etc., die ein etwa eingeführter grüner Kapitalismus leisten kann und will, um effektiven Natur-, Umwelt-, Klimaschutz zu verwirklichen, müssen zwingend genutzt werden! Wir dürfen aber inhaltlich nicht bei einem grünen Kapitalismus stehen bleiben, sondern müssen im Ziel über ihn hinausgehen! Zum Problem der Entkopplung siehe unten zu 'Wohlstand ohne Wachstum'.

Imperiale Lebensweise

Der kapitalistische Wachstumsbefehl führt auf kurzem Wege zur imperialen Lebensweise. Die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen haben die von ihnen identifizierte Imperiale Lebensweise in ihrem vielbeachteten Buch (gleichen Titels / oekom verlag, 2017) sehr eingehend thematisiert. Alberto Acosta, Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors, äußert sich über dieses Buch: „Mit diesem tiefgehenden, klar und präzise geschriebenen Buch können wir die Auswirkungen des globalen Kapitalismus als Zivilisation der Ungleichheit und Zerstörung besser verstehen.“ Klaus Dörre hat das Werk von Brand/Wissen mit größtem Respekt als echte Pionierarbeit gewürdigt. (Dörre, Sozialismus.de, 6-2018 und 7/8-2018) Laut Brand/Wissen beinhaltet die imperiale Lebensweise ihrem Wesen nach die Möglichkeit eines überproportionalen Zugriffs auf Natur und Arbeitskraft - mit anderen Worten: auf ein „Außen“ - im globalen Maßstab. Sie setzt also voraus, dass andere auf ihren proportionalen Anteil verzichten. Je weniger diese anderen aber dazu bereit sind beziehungsweise je mehr sie selbst darauf angewiesen sind, auf ein Außen zuzugreifen und ihre Kosten auf dieses zu verlagern, desto eher geht der imperialen Lebensweise die Geschäftsgrundlage verloren. Aus welchen sozial, ökologisch und ökonomisch vernünftigen Gründen sollte der globale Süden mit seinen Ressourcen die verschwenderische Lebensweise des globalen Nordens ermöglichen? Es besteht folgende Ausgangssituation: Die ökologischen Schulden der Menschheit wachsen beständig. In der Einheit globaler Hektar (Gha) gerechnet, welche die Fläche angibt, die benötigt würde, um den globalen Verbrauch zu gewährleisten, müsste die Menschheit bereits weit mehr als eine Erde beanspruchen. 1,75 Erden für 2019!

Hauptverursacher dieser Problematik sind die reichen Gesellschaften des globalen Nordens, wenngleich große Schwellenländer - allen voran China - im ökologischen Übernutzungs- und Belastungswettbewerb rasch aufholen. Für Deutschland lag der Vergleichswert des ökologischen Fußabdrucks 2016 etwa bei 3,7 Planeten, für die USA bei 4,8, im Falle von China bei 2,0 und in Indien bei dem Wert von 0,7 Erden. Anders gesagt, die Ökobilanzen vor allem der reichen OECD-Staaten vergrößern die ökologische Verwundbarkeit des großen Rests der Welt. Jede Gegentherapie verlangt, weniger Fleisch zu essen, seltener zu fliegen, bescheidener zu wohnen und Autofahren so oft wie möglich zu vermeiden. All das ist seit langem bekannt, doch global betrachtet geschieht viel zu wenig, um eine ökologische Trendwende zu erreichen. Der absolute Ressourcenverbrauch ist seit den frühen 1980er-Jahren nicht mehr gesunken. Die klimaschädlichen Emissionen gingen letztmalig im Krisenjahr 2009 signifikant zurück. Hauptursache waren nicht etwa höhere Ressourceneffizienz oder beschleunigtes Umsteigen auf erneuerbare Energien, sondern Minuswachstum und der weltweite Einbruch industrieller Produktion. Als die Konjunktur 2010 anzog, war das Rekordniveau der Kohlenstoffemissionen von 2008 rasch wieder erreicht und überschritten. Warum ist das so? Wieso steuert die Menschheit sehenden Auges auf eine Situation zu, in welcher mit Klimawandel und Ressourcenübernutzung ökologische Gefahren außer Kontrolle geraten könnten? Und weshalb wird im reichen Norden so beharrlich ignoriert, was Dürren, Abschmelzen der Gletscher, Wassermangel, Anstieg des Meeresspiegels, Artensterben, Hunger, Armut, Fluchtmigration und dadurch bedingte Konflikte bis hin zu Kriegen schon jetzt in weiten Teilen der Welt anrichten? An solchen Fragen setzen Brand und Wissen an. Ihre Kernthese lautet, dass die Attraktivität von Produktionsweisen und Konsummustern, die sie im Begriff der imperialen Lebensweise zusammenfassen, die Vorherrschaft/Vormachtstellung eines globalen Kapitalismus sicherstellt, der sowohl sozial als auch ökologisch zerstörerisch wirkt. Trotz „multipler Krise“ ist die Ausstrahlung dieser Lebensweise ungebrochen. Im reichen Norden wird sie auch von den Subalternen (im Sinne von über wenig finanzielle Ressourcen verfügende Menschen) verteidigt, im globalen Süden von Oberschichten und den rasch wachsenden Mittelschichten kleiner wie großer Schwellenländer kopiert. Für die Verhältnisse in der BRD wird darauf verwiesen: „Wer über ein niedriges Einkommen und Vermögen verfügt oder von der Arbeitslosenversicherung oder Sozialtransfers lebt, kann am gesellschaftlichen Wohlstand nur in dem Maße partizipieren, wie er oder sie - etwa beim Kauf eines T-Shirts oder von preiswerten Lebensmitteln - von den schlechten Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung von Natur andernorts profitiert.“ Die Kritik von Brand/Wissen an der imperialen („herrschaftlichen“) Lebensweise schließt die entsprechenden Produktionsweisen mit ein, die im globalen Maßstab nicht verallgemeinerbar sind, denn das „Aufschließen“ aller nationalen Ökonomien zu den Produktions- und Konsumptionsweisen (Verbrauch) der am stärksten entwickelten Industriegesellschaften würde den Planeten unbewohnbar machen.

Eingeschlossen in die Kritik von Brand/Wissen ist gleichfalls die „Externalisierungsgesellschaft“ (nach außen verlagern, abwälzen), welche Brand/Wissen in erster Linie durch die reichen Gesellschaften des globalen Nordens verkörpert sehen, die den globalen Süden/die südliche Peripherie nicht lediglich in menschlicher Arbeitskraft ausbeuten, sondern auch die dortige Natur/Umwelt gnaden- und skrupellos gebrauchen, missbrauchen, verheeren, ausbeuten. Stichworte sind: Landraub, Extraktionsökonomie (Bodenschätze außer Landes schaffen), Benutzung des globalen Südens als „Mülldeponie“ des globalen Nordens. Der globale Norden lagert permanent negative Effekte aus. Brand/Wissen zitieren zustimmend den Soziologen Stephan Lessenich: „Wir externalisieren weil wir es können: weil gesellschaftliche Strukturen uns dazu in die Lage versetzen, weil soziale Mechanismen es uns erlauben, weil die allgemeine Praxis um uns herum uns darin bestätigt (...).“ Larry Summers, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, hat mit absolutem Ernst erklärt, dass Afrika „untermenschlich“ sei. Daher sei es sinnvoll, dort den Müll der fortgeschrittenen Industriestaaten zu entsorgen (Harvey, 2015). Diese Aussage ist hirnlos und macht fassungslos! Die Darstellung und die Kritik von Brand/Wissen ist kaum angreifbar und doch äußert gerade Klaus Dörre partiell, in spezieller Hinsicht, eine Beanstandung. Dörre stört, dass nach seiner Ansicht Brand/Wissen unter Einbeziehung von Lessenich die Verantwortlichkeit und Schuldhaftigkeit des globalen Nordens gegenüber dem globalen Süden nicht genügend differenzieren. Dörre findet das vereinnahmende „Wir“ verfehlt: „Wir externalisieren, weil wir es können.“ „Im reichen Norden wird die imperiale Lebensweise auch von den Subalternen verteidigt.“ In Bezug auf die BRD: „Wer über ein niedriges Einkommen und Vermögen verfügt (...), kann am gesellschaftlichen Wohlstand nur in dem Maße partizipieren, wie er oder sie (...) von den schlechten Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung von Natur andernorts profitiert.“ Dörre verweist zutreffend darauf: „dass mit Fug und Recht bezweifelt werden kann, dass die 45 reichsten Haushalte, die in der Bundesrepublik über einen Vermögensanteil verfügen, der in etwa dem der ärmeren Bevölkerungshälfte entspricht, mit jener Million Menschen, die seit Bestehen der Grundsicherung Hartz IV niemals aus dem Leistungsbezug herausgekommen sind, durch eine gemeinsame Lebensweise (...) verbunden sind.“ Die Subalternen des reichen Nordens dürfen lt. Dörre nicht in einem bipolaren Schema 'dann eben' zu Profiteuren der herrschenden Weltordnung erklärt werden. Das vereinnahmende „Wir“ suggeriere eine Tätergemeinschaft von Arm und Reich in der BRD bei der Externalisierung von Kosten für „unsere“ Lebensweise. Die Bezeichnung „unsere“ Lebensweise ist für Dörre in diesem Zusammenhang fehl am Platz. Dörre: „Denn anders als Ulrich Beck einst vermutete, wirken ökologische Risiken keineswegs demokratisch. Sie sammeln sich bevorzugt bei den ohnehin Armen und Benachteiligten, während Ressourcenverbrauch und Emissionen mit der Höhe der Einkommen und Vermögen dramatisch steigen. Deshalb führt der Weg zu ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit zwingend über den Kampf gegen Luxuskonsum, Vermögenskonzentration

und Einkommensungleichheit auch und gerade in den alten kapitalistischen Zentren. Eine Politik, die zwar (...) mit richtigen ökologischen Argumenten eine drastische Reduktion der Mobilität verlangt, ohne über die Umverteilung von oben nach unten zu sprechen, dürfte sich bei einer Probe aufs Exempel daher rasch als unglaubwürdig erweisen.“

Wohlstand ohne Wachstum

Richten wir den Blick weg vom „Wachstum ohne Wohlstand für alle“ hin zu den Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsformation. Viele Menschen auf der Welt teilen die Analyse, dass das derzeitige Model unseres Wirtschaftens - das Modell des Neoliberalismus - keine Zukunft haben kann. Wirtschaftswachstum, wie wir es bisher kennen, ist ökologisch nicht zukunftsfähig. Durch unsere bisherigen Produktions- und Konsummuster verbrauchen wir zu viele Ressourcen, heizen das Klima an und zerstören kontinuierlich Ökosysteme. Mit technischem Fortschritt können wir zwar die Arbeitsproduktivität und auch die Ressourceneffizienz erhöhen. Doch soll das nicht in massenhafter Arbeitslosigkeit und in einer Rezessionsspirale enden, braucht es im gegenwärtigen real existierenden Neoliberalismus Wachstum und Massenkonsum. Wir müssen also Auswege aus der Wachstumsfalle suchen. Renommierete Ökonomen bestreiten jedoch das Gegebensein einer Wachstumsfalle und setzen auf die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcen- und Materialverbrauch. Wachstum in Frage zu stellen gilt als Akt von Wahnsinnigen, Idealisten und Umstürzern. Der Ökonom Paul Krugman (Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften) ist davon überzeugt, selbst die strengsten Umweltziele zu erreichen, ohne jemals das Wirtschaftswachstum zu beeinträchtigen und sieht sich genötigt, Wachstums-skeptiker als „Propheten der Verzagtheit“ anzuprangern (Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, oekom verlag, 2017 (Das Update)). Entkopplung steht dabei für effizientere Produktionsprozesse; nachhaltigere Güter und Dienstleistungen; mehr Ertrag aus weniger Material; intelligentes Wachstum (smart growth); grünes Wachstum (green growth); nachhaltiges Wachstum (sustainable growth). Aber - es ist zwingend zwischen relativer und absoluter Entkopplung zu unterscheiden! Relative Entkopplung bezeichnet jede Art von Abnahme der Materialintensität (oder Emissionsintensität) der Wirtschaftsleistung. Sie deutet auf eine Effizienzverbesserung in der Wirtschaft hin, besagt aber nicht notwendigerweise, dass wir insgesamt weniger Material verbrauchen (oder weniger Schadstoffe emittieren). Mit absoluter Entkopplung wird die Situation bezeichnet, in der der Ressourcenverbrauch (oder die Emissionen) in absoluten Zahlen abnimmt, während die Wirtschaftsleistung weiterhin steigt. Es versteht sich von selbst, dass wir in den meisten Fällen absolute Entkopplung brauchen, wenn wir die ökologischen Grenzen einhalten, Ressourcenknappheit vermeiden und dem Wachstumsdilemma entkommen wollen (Jackson, 2017). Unbestritten ist, dass relative Entkopplung möglich ist und auch faktisch stattfindet. Die Menge an Primärenergie, die für jede produzierte Einheit der weltweiten Wirtschaftsleistung benötigt wird, ist in

den letzten fünfzig Jahren mehr oder weniger kontinuierlich gesunken. Die globale „Energieintensität“ liegt heute um fast 25 Prozent unter der des Jahres 1980. Mit anderen Worten: Die weltweite Energieeffizienz hat sich durchschnittlich um ein Drittel erhöht (Jackson, 2017). Letztendlich entscheidend ist jedoch nicht die relative, sondern die absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs/der Emissionen vom Wirtschaftswachstum.

Betrachten wir das Paradebeispiel CO₂-Emissionen: Der erfolgte Fortschritt hinsichtlich der relativen Entkopplung bei der Kohlenstoffintensität ist ganz einfach vom Anstieg der globalen Wirtschaftsleistung (absolutes Niveau der CO₂-Emissionen weltweit) überrollt worden. Absolute Entkopplung ist nirgendwo festzustellen! Die jährlichen Kohlenstoffemissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger (und aus der Industrie) haben sich seit 1965 verdreifacht. Heute entweicht über 60 Prozent mehr CO₂ in die Atmosphäre als noch 1990. Sogar innerhalb der letzten zehn Jahre sind die Emissionen noch durchschnittlich um mehr als zwei Prozent im Jahr gewachsen (Jackson, 2017). Der Natur- und Wirtschaftswissenschaftler Tim Jackson erklärt zweifelsfrei: „Allein das Ausmaß der Entkopplung, das nötig wäre, um die hier dargestellten (Anm. H.G. ökologischen) Grenzen einzuhalten (und dann auch dauerhaft innerhalb dieser Grenzen zu bleiben, während die Wirtschaft immer weiterwächst), ist schlicht nicht vorstellbar. Im Vorwort der Herausgeber (Jackson, 2017) heißt es: „Doch wir wissen, dass die Entkoppelung der Wirtschaftsleistungen vom Ressourcen- und Materialverbrauch nach wie vor ein Mythos ist. Die Industrie 4.0 - so auch die deutsche Forschungsministerin - wird eine drastische Nachfrage nach wirtschaftsstrategischen Rohstoffen nach sich ziehen.“ Jackson weiter: „Der Mythos Wachstum hat uns im Stich gelassen. Er hat versagt gegenüber den drei Milliarden Menschen, die immer noch wenig mehr zum täglichen Leben haben, als ein dünner Milchkaffee aus der Bar nebenan kostet. Er hat gegenüber den empfindlichen Ökosystemen versagt, von denen unser Überleben abhängt. Selbst nach seinen eigenen Regeln ist er bei der Aufgabe, wirtschaftliche Stabilität und gesichertes Auskommen für die Menschen zu gewährleisten, auf spektakuläre Weise gescheitert. Und so sieht die unbequeme Realität aus: Wir sind konfrontiert mit dem baldigen Ende der Ära billigen Öls, mit höchst volatilen (Anm. H.G. schwankenden) Rohstoffpreisen, mit einer Verschlechterung von Luft, Wasser und Boden, mit Konflikten über die Nutzung von Land, Ressourcen, Wasser, Wald und Fischereirechten, und obendrein mit der gewaltigen Herausforderung, das Weltklima zu stabilisieren. Und wir müssen diese Aufgaben mit einem Wirtschaftssystem angehen, das von Grund auf kaputt ist und dringend erneuert werden muss. Unter diesen Umständen kann man nicht einfach weitermachen wie bisher. Wohlstand für einige Wenige, der auf Umweltzerstörung und anhaltende soziale Ungerechtigkeit gegründet ist, ist kein Fundament für eine zivilisierte Gesellschaft. Wirtschaftliche Stabilität ist wichtig. Es ist dringend notwendig, Arbeitsplätze zu erhalten - und neue zu schaffen. Wir brauchen aber ebenso dringend ein neues Bewusstsein dafür,

dass Wohlstand uns allen gemeinsam gehört. Ein stärkeres Engagement für Gerechtigkeit in einer endlichen Welt.“ Jackson ist der Ansicht, dass dieses System dringend 'erneuert' werden muss. Konsequenterweise müsste er formulieren: abgelöst/überwunden werden muss. Warum? An anderer Stelle seines unzweifelhaft fulminanten Buches führt Jackson aus: „Zuerst einmal ist es absolut eindeutig, dass die Wirtschaft von morgen in materieller Hinsicht nicht wachsen sollte. Dalys Bedingungen (und auch Rockströms planetarische Grenzen) lassen in diesem Punkt keinen Zweifel zu. Fortgesetztes materielles Wachstum würde unsere Fähigkeit gefährden, innerhalb des „sicheren Handlungsraumes“ des Planeten zu bleiben, und den zukünftigen Wohlstand untergraben. Der springende Punkt (...) ist die rein rechnerische, absolute Reduktion des materiellen Durchlaufs der Wirtschaft. (...) wir sollten betonen, dass innerhalb dieser Wirtschaft einige Dinge nach wie vor wachsen. Wer könnte etwas gegen einen Zuwachs an sozialem Wohlbefinden haben? Oder an einer Zunahme an Arbeitsplätzen? Oder an der Intaktheit unserer Naturgüter, der Resilienz (Anm. H.G. Widerstandskraft) unserer Gemeinwesen, der Qualität unserer Umwelt, an unserem Gefühl für Sinn und Zweck?“ Auch fordert Jackson „Freiheit vom Wachstumsimperativ“. Jackson: „Die Vorteile für den Wohlstand sind vielfältig. In einer Gesellschaft mit mehr Gleichheit spielen Statusgüter keine so große Rolle mehr. Eine Wirtschaft, die weniger vom Konsum getrieben ist, reduziert unsere Einwirkung auf den Planeten. Erhöhtes Investment in öffentliche Güter erbringt bleibende Erträge für das Allgemeinwohl. Eine weniger materialistische Gesellschaft steigert das kollektive Wohlbefinden.“ Kurz und knapp: Das gegenwärtige Wirtschaftssystem, das von Grund auf kaputt ist, heißt Neoliberalismus. Neoliberalismus, der vom Wachstumsimperativ befreit ist, kann begrifflich / inhaltlich kein Neoliberalismus (markt extremistischer Kapitalismus) mehr sein!

Das Konzept des 'Wohlstand ohne Wachstum' hat eine große geistige Verbundenheit mit dem lateinamerikanisch/ecuadorianischen Konzept des 'Buen Vivir', welches seinerseits auf dem Konzept 'Sumak Kawsay' der indigenen Völker des Andenraums beruht. Dieses Konzept hat sich folgende Grundorientierung gegeben: „ (...) eine neue Form des Zusammenlebens der Bürger und Bürgerinnen in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay, zu erreichen; eine Gesellschaft zu schaffen, die die Würde der Menschen und Kollektive in allen Aspekten respektiert; ein demokratisches Land zu schaffen, das sich der lateinamerikanischen Integration (...), dem Frieden und der Solidarität mit allen Völkern der Erde verpflichtet.“ Dieses Konzept des Guten Lebens gründet auf nachhaltigen Lebensweisen und „rechtfertigt und toleriert in keinem Fall die Zerstörung der Natur und auch nicht die Ausbeutung von Menschen oder die Existenz privilegierter Gruppen, die auf Kosten der Allgemeinheit und von der Arbeit und den Opfern anderer leben. Das „Gute Leben“ bezieht alle mit ein, sonst ist es kein gutes Leben.“ (Alberto Acosta, Buen Vivir Vom Recht auf ein gutes Leben (Das Wissen der Anden für eine Welt jenseits des Wachstums),

oekom verlag, 2015) Acosta in einer zentralen Aussage: „Außerdem wissen wir inzwischen, dass die „Entwicklung“ als Neuauflage der Lebensstile der zentralen Länder auf globaler Ebene nicht wiederholt werden darf. Ein derart konsumgeprägter und auf Raubbau angelegter Lebensstil gefährdet das globale ökologische Gleichgewicht und schließt immer größere Menschenmengen von den (angeblichen) Vorteilen der ersehnten Entwicklung aus.“ Das Konzept des ständigen Wachstums und das Streben der ganzen Welt, so zu leben, wie die Gesellschaften des globalen Nordens, werden als gescheitert angesehen. Neu nachzudenken ist über unser Verhältnis zur Natur, über gesellschaftliche Teilhabe und über lebendige Demokratie. Das bedeutet aber auch, dass wir den vorherrschenden Wohlstandsbegriff hinterfragen müssen und uns nicht von einer einseitigen und unvollständigen „Messung“ des Wohlstands durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) versklaven lassen dürfen. Das BIP ist vereinfacht gesagt ein Maß für die gesamte „Wirtschaftstätigkeit“ einer Volkswirtschaft; oder genauer, des Geldwerts der Güter und Dienstleistungen, die innerhalb einer bestimmten Nation oder Region produziert und konsumiert werden. Wirtschaftliches Wachstum findet grundsätzlich dann statt, wenn das BIP im gesamten Wirtschaftsbereich steigt. Die Steigerung des BIP wird im Neoliberalismus gleichgesetzt mit der Verbesserung der Lebensqualität und Steigerung des Wohlstands. Jackson: „Diese Schlussfolgerung ist genau deshalb verkehrt, weil Wohlstand nicht von vornherein gleichbedeutend ist mit Einkommen und Reichtum. Steigender Wohlstand ist nicht automatisch das Gleiche wie wirtschaftliches Wachstum. Mehr muss nicht immer besser sein.“

Suffizienz

Der Forderung nach Wohlstand ohne Wachstum steht der Suffizienzgedanke unterstützend und verstärkend zur Seite. Suffizienz meint nicht Verzicht. Vielmehr geht es darum, dass etwas „genug“ ist (Manfred Linz (2004): Weder Mangel noch Übermaß, Wuppertal Papers Nr. 145). Kopatz: „Letztlich geht es um den achtsamen Umgang mit Ressourcen. Damit kann das individuelle Verhalten, der gesellschaftliche Lebensstil, aber auch die allgemeine Wirtschaftsweise gemeint sein. (...) Suffizienz ist nicht nur eine eigenverantwortliche, individuelle Angelegenheit. Notwendig ist auch eine Suffizienzpolitik, also Maßnahmen und Strategien, die zur Genügsamkeit anregen und Expansion vermeiden helfen. Das gilt für alle Grundbedürfnisse wie Kleidung, Nahrung, Wohnung und Mobilität.“ Es geht also nicht um Verzicht, sondern darum, absolute Grenzen festzulegen. Statt immer mehr: Es ist genug! Keine weiteren Mastställe (generelle Reduzierung der Fleischproduktion), Straßen und Wohnungen. Flächenverbrauch begrenzen (konsequente Erhaltung von ökologisch wertvollem Grünland, Wald, Naturschutzgebieten, FFH-Gebieten, VS-Gebieten, Nationalparks, Landschaftsschutzgebieten, wertvollen Biotopen). Straßenunterhaltung - natürlich JA. Straßenrückbau, dort wo kein Bedarf mehr ist - natürlich JA. Wenn und soweit unabweisbarer Bedarf für zusätzliche Wohnungen gegeben ist, vor allem im Sozialen Wohnungsbau,

dann muss es selbstverständlich eine angemessene Ausweitung geben - aber ökologisch verantwortbar! Wohnungsbau als pures Renditeobjekt für Investoren muss unter dem Gesichtspunkt des Allgemeinwohls streng hinterfragt werden. Keine immer größeren Autos, Fernseher und Kühlschränke. Begrenzung des Luftverkehrs auf das absolut Notwendige. Es geht auch um vernünftige Geschwindigkeitsbeschränkungen auf den Verkehrswegen. Es geht ganz wesentlich auch um Müllvermeidung. Kurzum - es geht darum, einen verantwortungsvollen gesellschaftlichen Diskurs über eine Kultur der Genügsamkeit zu etablieren.

Zur Suffizienzpolitik vonseiten der Bürgerinnen und Bürger als Staatsbürger (Citoyen) gehört auch, dass diese vor Ort zeigen, dass ein verantwortungsvolles Leben möglich ist. Dass man sich gegen Kommerzialisierung zur Wehr setzt - auch und gerade gegen die allgegenwärtige - immense Ressourcen verzehrende - Werbung, die auf umfassendste Bedürfnisweckung ausgerichtet ist. Dass Widerstand geleistet wird, wenn die Interessen unserer Kinder und Enkel übergangen werden. Dass an den Wahlen teilgenommen wird - von der Orts- bis zur Europaebene. Die Wählerinnen und Wähler haben die Macht, von der Politik den soziokulturellen Wandel zur Nachhaltigkeit einzufordern. Kopatz: „Die politischen Entscheidungsträger sind nur indirekt Motoren des Wandels. Die Abschaffung der Sklaverei, das Ende der Rassendiskriminierung in den USA, die Gleichberechtigung von Frauen und das Ende der Apartheid in Südafrika, all das kam von der Basis, getragen von ganz normalen Menschen. Es wäre naiv zu glauben, die Transformation einer Wirtschaftsbranche ließe sich Hand in Hand mit den Profiteuren der alten Ordnung bewerkstelligen.“

Die Kultur der Genügsamkeit wird sehr wesentlich bestimmt durch den verantwortungsvollen, strategischen Konsum. Gegen die Flut des Konsumismus gibt es Widerstand. Viele Menschen erteilen der Aufforderung „shoppen“ zu gehen eine Absage. Freiwillige Reduzierung des Konsums kann das subjektive Wohlbefinden verbessern. Die Idee eines guten Lebens und eines guten Lohns bei bescheidenen Ansprüchen darf nicht durch einen hemmungs- und grenzenlosen Konsumismus ersetzt werden. Mahatma Gandhi hat die Menschen dazu aufgerufen „einfach zu leben, damit andere einfach nur leben können“. Papst Franziskus sagt uns in *Laudato si* 193: „Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“

Ökonomen wie Paul Krugman sind davon überzeugt, dass die Konsumenten vielfältige Wahlmöglichkeiten haben hinsichtlich dessen, was sie konsumieren wollen. Solche Ökonomen sind der Ansicht, dass im weltweit herrschenden

Wirtschaftssystem nichts produziert wird, was nicht nachgefragt wird. So ist es real aber nicht. Real ist es weit überwiegend so, dass der Konsum in den Dienst der Produktion gestellt wird. Produziert wird weit überwiegend nicht, damit die bestehenden Bedürfnisse so effektiv wie möglich befriedigt werden. Die Bedürfnisse müssen umgekehrt vielmehr die Funktion erhalten, die Ausweitung der Produktion zu ermöglichen. Das System erfordert, dass bei der Masse der Menschen die Bedürfnisweckung wichtiger ist als die Bedürfnisbefriedigung. So sollen die Grenzen des Genug beständig weiter zurückgedrängt werden. Um Nachfrageschwächen im neoliberalen Wirtschaftssystem zu lösen, ist ein entfremdeter Konsumismus erforderlich. Um künstlich erzeugte Bedürfnisse zu befriedigen (man will im Konsum mit anderen „Schritt halten“), müssen viele Menschen mehr arbeiten und nicht weniger. Sie berauben sich also freier Zeit. Das dient dem Wirtschaftssystem. Die kapitalistische „ökonomische Rationalität hat keinen Raum für die im authentischen Sinne freie Zeit (...), da sie weder Waren produziert noch konsumiert“, schreibt André Gorz (Harvey, 2015).

So unstreitig und eminent wichtig der verantwortungsvolle, strategische Konsum zur Realisierung der Kultur der Genügsamkeit auch ist - entscheidend ist die Produktionssphäre. Die Soziologen John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York (Der ökologische Bruch, 2011, Laika-Verlag) kritisieren eine Fixierung auf Konsum und Lebensstile, die viele ökologische Initiativen auszeichne. Solche Fixierungen erlaubten es, alles außer dem ökonomischen System für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich zu machen. Diese Überbeanspruchung habe seine wichtigsten Ursachen jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft. Deshalb sei es falsch, den Massenkonsum zum Hauptschuldigen zu erklären und grünes Einkaufsverhalten als Lösung zu proklamieren. Konsumgüter stellten stets nur einen Teil des Gesamtausstoßes dar. Der Großteil des Abfalls und Mülls falle im Kapitalkreislauf selbst an. Verbrauchersouveränität sei hingegen eine bloße Fiktion, weil auch die hegemonialen Konsumnormen u.a. mittels Werbung in der Produktionssphäre entstünden. Entscheidungen über ökologisch destruktiven Luxuskonsum lägen bei kleinen Minderheiten. Im Übrigen gelte: Je höher das Einkommen ausfalle, desto stärker wachse auch der ökologische Fußabdruck des Konsums. Schon deshalb weise der ökologische Gesellschaftskonflikt große Schnittmengen mit klassenspezifischen Verteilungskonflikten auf. Politiken, die sich ökologische und soziale Nachhaltigkeit zum Ziel setzen, müssen deshalb - so die zentrale Schlussfolgerung von Foster et. al. - an den Eigentums- und Verfügungsrechten ansetzen, in deren Rahmen winzige Minderheiten in einer überschaubaren Zahl von wenig mehr als 1.000 transnationalen Konzernen über das „Was“, das „Wie“ und das „Wozu“ von Güter- und Dienstleistungsproduktion entscheiden. Dörre (Sozialismus.de, 7/8 2018) erklärt, dass Produkt- und Produktionsentscheidungen, die in den imperialen Machtzentren fallen, sich kaum oder gar nicht über das Konsumentenverhalten beeinflussen lassen. In den rivalisierenden Imperien bestimmen in

erster Linie die Repräsentanten von mächtigen Staaten und großen Unternehmen, wie die Weichen bei Produktion und Konsum gestellt werden. Abfall und Müll werden primär innerhalb des Wirtschaftssystems und nur in zweiter Linie über den Konsum erzeugt. Für den Energiebedarf und die Ressourcennutzung gilt Ähnliches. Auch drehen sich Welthandel und internationale Wirtschaftsverflechtungen weniger um Kundenbedürfnisse als um gewinnbringende Produktion und Absatz. Die großen inter- und transnationalen Konzerne üben Produzentensouveränität aus und beherrschen mit ihr - häufig im Bündnis auch mit Eliten aus Ländern des globalen Südens - sowohl die Produktion als auch den Konsum.

Welthandel und internationale Wirtschaftsverflechtungen beinhalten natürlich auch die Problematik der Freihandelsabkommen. Freihandelsabkommen wie z.B. CETA (Europa/ Kanada), JEFTA (Europa/ Japan), Mercosur-Abkommen (EU/ Staatenbund Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) können sinnvoll sein, wenn der höchste Standard (z.B. für Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz) für alle Partner gelten würde. Die bisherige Realität ist regelmäßig jedoch umgekehrt. Die Verhandlungspartner einigen sich meist auf den schlechteren Standard (wegen der Kosten- und Profitlogik). Diesen anheben darf ein Partner nur mit Zustimmung des anderen. Durch die Globalisierung gibt es mehr Handel zwischen den Ländern und Kontinenten als je zuvor. Warum muss es noch mehr sein? Für mehr Wohlstand, lautet die Antwort der Freihandelsbefürworter. Aber wir leben schon jetzt im (totalen) Überfluss. In Deutschland benötigen wir nach Ansicht von Michael Kopatz nicht mehr Wohlstand, sondern mehr Verteilungsgerechtigkeit. Kopatz: „Freihandel ist kein Selbstzweck. Betriebswirtschaftlich mag es effektiv sein, Kartoffeln aus Ägypten zu importieren, sozial und ökologisch ist es schädlich. Landwirte geben ihre Betriebe auf. Arbeitsplätze gehen verloren, der Transport schadet dem Klima, und das in Form von Kartoffeln importierte Wasser fehlt im Land der Pyramiden. Umgekehrt höhlen die europäischen Billigagrarexporte und Fischfangfreibeuter die Arbeitsmärkte in Afrika aus, und der Fleischexport verseucht in Form von Gülle unser Grundwasser.“ Freihandel ist somit regelmäßig das Gegenteil der Kultur der Genügsamkeit. Und - gegenüber den Ländern des globalen Südens verkörpert er regelmäßig die 'Imperiale Lebensweise'.

Die Inhalte des Wachstumsimperativs des Kapitalismus und der imperialen Lebensweise wurden 2013 von Papst Franziskus unüberbietbar verdichtet in der Aussage: Diese Wirtschaft tötet. (Apostolisches Schreiben „Evangelii gaudium“, 53. ff.) Die Konzepte von Wohlstand ohne Wachstum und Suffizienz können verdichtet werden in der Forderung: Teilen, nicht töten - von Friedhelm Hengsbach, Ökonom und Sozialethiker. (Westend Verlag, 2014)

Helmut Gelhardt, KAB / BUND / NaturFreunde
18. August 2019